

**Amt der Tiroler Landesregierung**

Präs.Abt. II - 59/159

A-6010 Innsbruck, am 14. März 1988

Tel.: 052 22/28701, Durchwahl Klappe 183

Sachbearbeiter: Dr. Wolf

An das
Bundesministerium für
wirtsch. Angelegenheiten

Stubenring 1
1011 Wien

Bitte in der Antwort die
Geschäftszahl dieses
Schreibens anführen.

Betreff: Entwurf einer Novelle zum
Versorgungssicherungsgesetz;
Stellungnahme

Betrifft	GESETZENTWURF
Z:	10 GE 988
Datum:	28. MRZ. 1988
Verteilt:	28. März 1988 Groh

H. Weber

Zu Zahl 70.530/3-X/2/88 vom 12. 2. 1988

Gegen den übersandten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Versorgungssicherungsgesetz geändert wird, bestehen vom Standpunkt der von der Landesregierung zu wahrenden Interessen keine grundlegenden Einwände.

Bezüglich der zu Art. I ausgearbeiteten Alternativen wird ha. der Befassung des ständigen Unterausschusses anstelle des Hauptausschusses des Nationalrates im Verfahren zur Erlassung von Verordnungen der Vorzug gegeben. Diese Lösung stellt eine größere Flexibilität sicher und kommt damit dem besonders im Krisenfall bestehenden Interesse an einer größtmöglichen Einfachheit und Raschheit der Verwaltungsführung entgegen.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden unter einem dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet.

Für die Landesregierung:

Dr. G s t r e i n

Landesamtsdirektor

./.

Abschriftlich

An alle Ämter der Landesregierungen
gesondert an die Verbindungsstelle der Bundesländer
beim Amt der Niederöstr. Landesregierung, Wien
an das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst, Wien
an das Präsidium des Nationalrates, Wien, 25 Ausf.
an alle National- und Bundesräte in Tirol

zur gefl. Kenntnisnahme.

Für die Landesregierung:

Dr. G s t r e i n

Landesamtsdirektor

F.d.R.d.A.:

G. Hauer